



Auskunft erteilt:	Herr Doll	Amt/EB:	36-Umweltamt
Tel.:	0261 129 1541	e-mail:	christian.doll@stadt.koblenz.de
Koblenz,	18.03.2021		

Niederschrift Nr.

über die Sitzung des Umweltausschusses vom 04.03.2021

Anwesend sind:

	Frau Kathrin Laymann,
Vorsitzende/r des Gremiums Herr David Langner, Oberbürgermeister	Ratsfraktion WGS Herr Rüdiger Neitzel,
Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Dr. Thomas Bernhard, Frau Ute Görgen, c/o Fraktion Grüne Herr Uwe Lütge-Thomas, Frau Dr. Carolin Schmidt-Wygasch, Frau Dr. Tabea Stötter,	Ratsfraktion Die Linke Herr Oliver Antpöhler-Zwiernik,
Vorsitzende/r Ratsfraktion CDU Frau Anna-Maria Schumann-Dreyer,	Ratsfraktion FDP Herr David Hennchen,
Ratsfraktion CDU Herr Manfred Diehl, Herr Prof. Dr. Wolfgang Fröhling, Herr Michel Guretzke,	Behindertenbeauftragte/r Herr Joachim Seuling,
Ratsfraktion SPD Herr Thomas Kirsch, Herr Dr. Thorsten Rudolph, Herr Norman Schneider,	Jugendrat Frau Jule Ternes
Ratsfraktion AfD Frau Katrin Vogel,	Verwaltung Frau Monika Effenberger, Frau Ortrud Stridde, Frau Katrin Freiberg, Frau Dagmar Körner, Frau Natalia Krüger, Herr Bernd Bodewing, Herr Christian Doll
Ratsfraktion FW	Schriftführer/in Herr Christian Doll,
	Nicht anwesend sind:

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- Punkt 1: Projekt KlimawandelAnpassungsCoach Rheinland-Pfalz - Abschlusspräsentation
Vorlage: UV/0048/2021
- Punkt 2: Auswertung der Abfrage und Empfehlungen der Verwaltung zum gemeinsamen
Antrag der Ratsfraktion GRÜNE und LINKE zum Hitzeaktionsplan
(AT/0173/2020)
Vorlage: UV/0043/2021

- Punkt 3: Leitfaden für nachhaltige Veranstaltungen
Vorlage: UV/0053/2021
- Punkt 4: Sachstandsbericht zur Entwicklung der Rahmen des „Sofortprogrammes Saubere
Mobilität“ aufgelegten Förderprogramme
Vorlage: UV/0051/2021
- Punkt 5: Baumschutzsatzung
Vorlage: BV/0102/2021
- Punkt 6: Verschiedenes

Öffentliche Sitzung:

**Punkt 1: Projekt KlimawandelAnpassungsCoach Rheinland-Pfalz - Abschlusspräsen-
tation**
Vorlage: UV/0048/2021

Der Ausschuss hat die Angelegenheit

- abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen
- weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt
- einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Umweltausschuss nimmt die Unterrichtung zur Kenntnis.

Protokoll:

Frau Dr. Kleber vom Kompetenzzentrum für Klimawandelfolgen stellt in ihrer Abschlusspräsentation das Projekt KlimawandelAnpassungscoach Rheinland-Pfalz vor. Dabei geht sie auf die Folgen des Klimawandels für Koblenz ein und präsentiert die Ergebnisse von Temperaturmessfahrten des Deutschen Wetterdienstes. Demnach finden sich die Temperatur Hot-Spots häufig in stark versiegelten Bereichen der Stadt. Besonders Begrünung und lockere Bebauung verhindern hingegen ein zu starkes Aufheizen. Eine Frage nach der Windrichtung bei den Temperaturmessungen bleibt offen.

Auf Nachfrage des RM Diehl, ob Wasserfontänen einen ähnlichen Kühleffekt wie Gewässer haben, erwidert Frau Dr. Kleber, dass dies prinzipiell sinnvoll sei, jedoch bedacht werden muss, woher die Energie zum Betreiben der benötigten Technik stammt. Im Bereich der Moselstaustufe, wo bereits Energie durch Wasserkraft erzeugt wird, könnten Wasserfontänen einen nachhaltigen Betrag zur Kühlung der Umgebung leisten.

Der VHS-Kurs zum Thema soll, sofern es die Corona-Regelungen zulassen, in Präsenz stattfinden. Es wird danach gefragt, inwieweit sich die Bebauung an der A61, in einer ehemaligen Kaltluftschneise, negativ auf das städtische Klima auswirkt. Frau Dr. Kleber bestätigt, dass solch ein Sachverhalt bei der Planung berücksichtigt werden muss.

Ein weiteres Ausschussmitglied greift die Idee mit den Wasserfontänen auf, und sieht hier ebenfalls Potential. Darüber hinaus verweist er, dass der Klimaanpassungsfahrplan weiterverfolgt werden sollte.

Auf die Frage wie stark sie die Effekte von Öffentlichkeitsarbeit und AGs wie der Klimakommision, einschätzt, antwortet Frau Dr. Kleber, dass diese essentiell wichtig für die Bewusstseinsbildung sind.

Da die Folgen des Klimawandels besonders vulnerable Gruppen treffen, wird darauf hingewiesen, dass es sinnvoll sei, Veranstaltungen wie den VHS-Kurs als Hybridveranstaltungen anzulegen, um die Barrierefreiheit zu erhöhen.

Frau Dr. Kleber erwidert auf Nachfrage, dass der Zeitplan für die Klimawandelanpassungsstrategie noch offen ist.

Darüber hinaus wird gefragt, welchen Effekt hellere Oberflächen und autofreie Innenstädte haben. Zum Thema „autofreie Innenstädte“ verweist Frau Dr. Kleber auf andere Kollegen. Helle Oberflächen (z.B. helle Straßenbeläge) können dazu beitragen, dass Straßenzüge weniger aufgeheizt werden.

Ein Ausschussmitglied möchte wissen, ob sich die Klimawandelanpassung in die Planungsinstrumente integrieren lässt und bemängelt, dass das Baudezernat die Einschätzung vornimmt, ob ein Bebauungsplan einen Einfluss auf den Klimawandel hat.

Es wird erwidert, dass eine doppelte Prüfung sinnvoll sein kann, jedoch mit der aktuellen Personalstärke in der Abteilung Klimaschutz nicht geleistet werden kann.

Die Forderung einer doppelten Prüfung der Auswirkungen auf den Klimaschutz eines Bebauungsplanes wird auch von einem anderen Ausschussmitglied geteilt.

Da es zu jedem Bebauungsplan auch einen Umweltbericht bzw. eine Stellungnahme des Umweltausschusses gibt, ist dieser Bereich nicht total unberücksichtigt. Der Vorsitzende bestätigt dies, ergänzt jedoch, dass die Folgen des Klimawandels dort nicht zwangsläufig mit aufgenommen sind. Der Abschlussbericht und die Präsentation werden digital zur Verfügung gestellt.

Punkt 2: Auswertung der Abfrage und Empfehlungen der Verwaltung zum gemeinsamen Antrag der Ratsfraktion GRÜNE und LINKE zum Hitzeaktionsplan (AT/0173/2020)
Vorlage: UV/0043/2021

Der Ausschuss hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen

weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt

einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Umweltausschuss nimmt die Unterrichtung zur Kenntnis.

Protokoll:

Es wird gefragt, welche Akteure bei der Auswertung eingebunden waren.

Der Vorsitzende erwidert, dass man sich an die Handlungsempfehlung des Bundesministeriums für Umwelt gehalten hat. Ein Ausschussmitglied teilt mit, dass sie die Vorlage als ersten Schritt versteht. Allerdings wird die Aussage, dass das Aufstellen eines Hitzeaktionsplans unverhältnismäßig sei, kritisiert. Der Vorsitzende erklärt, dass ein Hitzeaktionsplan nicht alleine von der Stadt aufgestellt werden kann. Die Stadt ist nicht zuständig. Zudem müssen viele weitere Akteure miteinbezogen werden. Ergänzend weist die Klimaschutzbeauftragte daraufhin, dass nach den Handlungsempfehlungen des BMU zunächst eine zentrale Koordination durch das Land und erst im weiteren Verlauf dezentral durch die kommunalen Gesundheitsämter erfolgen soll. Für die Stadt ist das Projekt zunächst abgeschlossen. Die Öffentlichkeit soll jedoch auf der städtischen Homepage auf Hitzeereignisse hingewiesen werden.

Auf die Anregung, dass noch weitere Akteure wie z.B. Einrichtungen für Behinderte hätten eingebunden werden können, da sonst die Gefahr besteht, dass diese Menschen den Anschluss verlieren. Frau Krüger teilt mit, dass bisher keine direkte Beteiligung von solchen Einrichtungen erfolgt ist. Es wurden jedoch die Caritas und die AWO abgefragt.

Ein Ausschussmitglied bemängelt, dass die niedergelassenen Ärzte nicht angeschrieben wurden. Darauf wird erwidert, dass die Ärztekammer angeschrieben wurde: Darüber hinaus sei es wichtig, Maßnahmen zu ergreifen und nicht nur zu planen. Dazu zählen nach Ansicht des Ausschussmitgliedes neben dem Aufstellen von Wasserspender z.B. auch das Vorhalten von kommunalen Kühlräumen und die Forderung nach verbrenner-freien Innenstädten besonders an solchen heißen Tagen. Der Vorsitzende erwidert, dass die Zuständigkeit bei den Gesundheitsämtern liegt und es zielführender ist, wenn sich auch die Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen konzentriert wird. Ein Ausschussmitglied entgegnet, dass sie die Aufgabe der Kommune als umfangreicher ansieht. Diese Kritik wird von einem weiteren Ausschussmitglied geteilt. Er fragt danach was die Stadt unternehmen will.

Der Vorsitzende stellt klar, dass die Thematik wichtig sei. Jedoch muss klar sein, dass ein Hitzeaktionsplan nur konkrete Schritte in einer Hitzeperiode vorgeben sollen. Dazu braucht man den Input von anderen Institutionen wie dem Gesundheitsamt. Darüber hinaus laufen Maßnahmen zur Klimaanpassung bereits.

Es wird gefragt, was gegen das Kopieren und Anpassen eines bereits vorhandenen Hitzeaktionsplanes einer andere Kommune spricht. Die Klimaschutzkommission könnte diese Ausarbeitung übernehmen.

Der Vorsitzende erklärt, dass es Ziel eines Hitzeaktionsplanes ist, gemeinsam mit den Akteuren vor Ort einen Plan auszuarbeiten und die Handelnden zu benennen und es von daher nicht zielführend ist, den Hitzeaktionsplan einer anderen Kommune abzuschreiben.

Aus seiner Sicht kann sich die Klimaschutzkommission mit dem Thema befassen.

Es wird danach gefragt, ob es möglich ist, das Gesundheitsamt in die Klimaschutzkommission oder den Umweltausschuss dazu zu laden. Der Vorsitzende möchte das Gesundheitsamt aktuell nicht weiter belasten, teilt aber mit, dass es bei der Auswertung bereits involviert war und eingeladen werden kann, sobald die Pandemiebekämpfung weniger Personalressourcen benötigt. Frau Krüger bestätigt, dass das Landesgesundheitsamt bereits angeschrieben wurden aber ebenfalls wegen der Corona-Pandemie die Zuständigkeit zurückwies. Darüber hinaus weist sie auf das erforderliche Personal zur Bearbeitung des Hitzeaktionsplans am Beispiel der Stadt Worms hin.

Ein Ausschussmitglied befürchtet, dass eine langfristige Strategie im Bereich des Bauens verloren geht. Der Vorsitzende stellt klar, dass bereits damit begonnen wurde Maßnahmen umzusetzen und dies auch weiter im Fokus stehe, um die Langfriststrategie nicht aus dem Fokus zu verlieren.

Punkt 3:	Leitfaden für nachhaltige Veranstaltungen Vorlage: UV/0053/2021
-----------------	--

Der Ausschuss hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen
 weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt
 einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Umweltausschuss nimmt die Unterrichtung zur Kenntnis.

Protokoll:

Insgesamt wird der Leitfaden positiv durch die Ausschussmitglieder aufgenommen.

Es wird angemerkt, dass Positivanreize wie z.B. ein Nachhaltigkeitsiegel sinnvoll sein können.

Um Veranstalter nicht zu überfordern, indem ihnen verschiedene Leitfäden an die Hand gegeben werden, sollte sich überlegt werden, einen Leitfaden zu erstellen, der alle Themen abdeckt. Dazu wird vorgeschlagen, diesen mit den bestehenden Leitfäden der Koblenz Touristik zu verknüpfen. Der Vorsitzende erwidert, dass der vorgestellte Leitfaden bereits mit der Koblenz Touristik abgestimmt ist und auch in anderen Gremien vorgestellt werden soll.

Ein Ausschussmitglied regt an, den Leitfaden auch städtische Kantinen und Kitas zu Verfügung zu stellen.

Es wird gefragt, wie die Stadt sich bei ihren eigenen Veranstaltungen zum nachhaltigen Handeln verpflichtet.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Stadt den Leitfaden auch nutzen wird.

<p>Punkt 4: Sachstandsbericht zur Entwicklung der Rahmen des „Sofortprogrammes Saubere Mobilität“ aufgelegten Förderprogramme Vorlage: UV/0051/2021</p>
--

Der Ausschuss hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen
 weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt
 einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Umweltausschuss nimmt die Unterrichtung zur Kenntnis.

Protokoll:

Ein Ausschussmitglied merkt an, dass zur Stärkung des Radverkehrs ein Radweg nach Rübenach durch die Entwidmung einer ungenutzten Bahntrasse gebaut werden könnte. Hierzu stehen nach seiner Aussage sicherlich auch Fördermittel zur Verfügung. Ein anderes Ausschussmitglied erwähnt, dass die CDU-Fraktion bereits einen Antrag zur Nutzung der Bahntrasse als Radweg gestellt hat. Hierbei soll die Widmung als Bahnstrecke erhalten bleiben.

Es wird darauf verwiesen, dass auch eine parallele Lösungsmöglichkeit, Radstrecke und Bahntrasse, diskutiert werden soll.

Darüber hinaus wird gefordert, dass das Thema adaptive Straßenbeleuchtung zum Schutz der Insekten und Senkung der benötigten Energiemenge aufzunehmen ist.

Der Vorsitzende erklärt, dass es nach wie vor politisch nicht geklärt ist, wie mit der stillgelegten Bahntrasse umgegangen werden soll. Eine Entwidmung wäre endgültig.

Er erklärt, dass die Fraktion einen Antrag zu diesem Thema stellen kann. Das Ausschussmitglied erwidert, dass eine Entwidmung zum Ausbau einer Radstrecke nicht nötig sei.

Ein anderes Ausschussmitglied erklärt, dass zunächst eine Untersuchung erfolgen soll, bevor weitere Schritte eingeleitet werden können.

Es wird gefragt, ob der Aufbau von drei Lademöglichkeiten (Maßnahmenschwerpunkt D) 3,8 Mio. € kostet. Herr Doll erklärt, dass sich die Summe auf den abgelehnten Förderantrag zum Aufbau von über 100 Ladepunkten bezieht. Da die Stadt bzw. ihre Kooperationspartner das Thema jedoch weiterverfolgen möchten, wird der Aufbau von Ladeinfrastruktur als nicht abgeschlossen angesehen. Kritisiert wird die Umsetzung der Maßnahme einer Fuß- und Radverkehrsbrücke im Rauental. Aus Sicht des Ausschussmitgliedes könnten andere Maßnahmen für weniger Geld genauso dazu beitragen, dass der Umweltverbund zu Lasten des MIV gestärkt wird.

Der Vorsitzende erklärt, dass auch andere Maßnahmen zur Stärkung des Umweltverbundes umgesetzt werden.

Punkt 5: Baumschutzsatzung Vorlage: BV/0102/2021
--

Der Ausschuss hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen

weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt

einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Protokoll:

Ein Ausschussmitglied lobt die vorliegende Satzung, fragt jedoch, was geschieht, wenn eine Ersatzpflanzung geleistet wird, diese jedoch nicht anwächst.

Frau Stridde erklärt, dass eine weitere Ersatzpflanzung geleistet werden muss.

Es wird gefragt, warum nur der Durchmesser und nicht zusätzlich das Alter des Baumes bei der Satzung als Einstufung der Schutzwürdigkeit betrachtet werden.

Frau Stridde weist darauf hin, dass die Satzung aus einer Mustersatzung hervorgegangen ist. Zudem ist es äußerst untypisch, dass Bäume zwar alt aber dünn seien.

Ein weiteres Ausschussmitglied wünscht sich neben dem Stammdurchmesser weitere Entscheidungskriterien. Sie hält Paragraph 4 Punkt e für alternativlos in Bereichen, in denen nur die Baumscheiben als Ablageort für Müllsäcke etc. in Frage kommen. Darüber hinaus fordert sie die Streichung der Punkte f und h unter Paragraph 4.

Frau Stridde verweist auf den Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen. Dort hat man die Erfahrung gemacht, dass durch z.B. die Ablage von Müll auf den Baumscheiben diese absterben können.

Frau Effenberger ergänzt, dass austretende Flüssigkeiten aus den Müllsäcken die Baumscheiben schädigen können. Sie bietet an, den Kommunalen Servicebetrieb diesbezüglich zu befragen.

Auf die Fragen, ob es bereits rechtlich geprüft sei, dass davon nicht-wirtschaftlich genutzte Bäume auf privaten Flächen betroffen seien, erklärt der Vorsitzende, dass eine Prüfung durch das Rechtsamt bereits erfolgt sei.

Ein weiteres Ausschussmitglied hält die Satzung für kontraproduktiv. Statt Verboten, sollte die Stadt lieber auf die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger setzen. Die Stadt sollte lieber selbst mehr Bäume pflanzen oder in Klimaprojekte investieren. Er vermutete, dass die Satzung zu vorgezogene Baumfällungen führen wird. Darüber hinaus fragt er, welchen Personalaufwand bzw. welche Kosten auf die Stadt zukommen und wie viele Bäume es auf privatem Grund gibt.

Der Vorsitzende erwidert, dass die Grundsatzdiskussion aufgrund der vergangenen Versuche eine solche Satzung zu etablieren absehbar war. Aus seiner Sicht ist es dennoch sinnvoll die Satzung im Stadtrat diskutieren zu lassen, da es bereits jetzt häufig zu vielen Baumfällungen im privaten Bereich kommt.

Ein anders Ausschussmitglied teilt die Kritik des Vorredners und erwähnt, dass im Stadtteil Rübenaach zwar 39 neue Bäume durch die BI gepflanzt wurden, es aber parallel zur Fällung von 100 Bäumen kam. Dass die Satzung nur wirtschaftlich nicht-genutzte Bäume betreffen soll hält er für kontraproduktiv.

Der Vorsitzende erklärt, dass das Fällen von Bäumen im privaten Bereich auch weiterhin möglich sei, es gibt mit der Satzung dann jedoch die Verpflichtung, dass eine Ersatzpflanzung geleistet werden muss.

Frau Stridde antwortet, dass zunächst eine neue Stelle zur Bearbeitung von Anträgen benötigt werden würde.

Frau Effenberger fügt an, dass für die Bearbeitung eines Antrages etwa 4 Stunden benötigt werden. Bei ca. 600 Anträgen im Jahr wird mindestens eine neue Stelle nötig. Es wird vorgeschlagen, die Satzung aufgrund der Kürze der Beratungszeit ohne Beschluss weiterzugeben. Der Vorsitzende erklärt, dass die Baumschutzsatzung ohne Beschluss ins nächste Gremium weitergegeben werden soll.

Punkt 6: Verschiedenes

Der Ausschuss hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen

weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt

einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Umweltausschuss nimmt die Unterrichtung zur Kenntnis.

Protokoll:

- Der Vorsitzende erklärt, dass die Stadt Koblenz die Resolution zum Lieferkettengesetz unterzeichnet hat.
- Frau Freiberg präsentiert die Stickstoffdioxid (NO₂)-Luftmesswerte der ZIMEN-Messstationen in der Hohenfelder-Straße und am Friedrich-Ebert-Ring.
- Hingewiesen wird durch den Vorsitzenden auf die kommenden Veranstaltungen. Diese sind auf der Homepage des Umweltamtes zu finden.
- Ein Ausschussmitglied bittet die Passivsammlerwerte (NO₂) mit ins Protokoll aufzunehmen und künftig der Tischvorlage der Luftmesswerte hinzuzufügen.
- Der Vorsitzende beantwortet eine noch offene Frage zu den Beratungsunterlagen der abgesehenen Umweltausschusssitzung vom 19.11.2020.
Demnach bietet die Koblenzer Wohnbau unter den aktuellen gesetzlichen Regelungen kein Mieterstrommodell an.

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

**David Langner
Oberbürgermeister**

Christian Doll